

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidiums Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illust. Beilage Volt und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1,90 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72208
Verkaufsstelle: Leipziger Buchdruckerei A. G., Leipzig Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. - **Verlag in Leipzig:**
Tauchaer Straße 19/21 - Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonellzeile 35 Bfa., bei Vorkaufspris 40 Bfa. Stellenangebote 10geleit. Kolonellzeile 25 Bfa. Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonellzeile mit 50% Nachl. Reklameweile 2 Mk. Inserate v. ausw.: die 10geleit. Kolonellzeile 40 Bfa. bei Vorkaufspris 50 Bfa. Reklameweile 2,25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage - Abonnementsbestellungen nehmen die Auszüge, unsere Zweiggeschäfte und alle Postämter entgegen

Arbeitsmarkt und Lohnkampf Ruhrbergarbeiter wollen höheren Lohn

Der Höhepunkt der durch die besonderen winterlichen Verhältnisse übersteigerten Arbeitslosigkeit lag in diesem Jahre später als sonst. Erst das Februarende ist in der Arbeitslosenstatistik, durch höchstgradige Arbeitslosigkeit gekennzeichnet: Statistik, die halbmonatlich oder auch nur monatlich Resultate der Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund z. B. mußte für diesen Zeitpunkt feststellen, daß von den Mitgliedern der ihm angeschlossenen Gewerkschaften nicht weniger als 22,3 Prozent voll arbeitslos und weitere 8,5 Prozent Kurzarbeiter waren, die durchschnittlich 13 1/2 Stunden pro Woche einbüßten.

Es ist leicht einzusehen, daß die große Arbeitslosigkeit ihre Wirkung bei Arbeitern und Unternehmern tut. Bei den noch in Beschäftigung stehenden Arbeitern um so mehr, als sie tagtäglich arbeitslosen Kollegen begegnen, die Tatsache der großen Arbeitslosigkeit erleben. Bei den Unternehmern vor allem deshalb, weil sie wissen, daß fortwährend Lohnsätze und Arbeitszeitabkommen „ablaufen“, gekündigt werden können, und weil sie damit rechnen, die schlechte Lage des Arbeitsmarktes gegen die Forderungen der Arbeiterschaft auszuspielen zu können. Wir weisen darauf hin, daß bereits - und nicht nur vereinzelt - „ablaufende“ Tarife von den Gewerkschaften nicht gekündigt wurden, daß aber umgekehrt die Unternehmer zahlreiche Tarife kündigten mit der Forderung, die Löhne abzubauen oder die bestehenden unverändert für lange Zeit in Geltung zu lassen.

Unter solchen Umständen - Schwächung des Kraftbewußtseins in der Arbeiterschaft, Steigerung des Abwehrwillems der Unternehmer gegenüber den Forderungen der Arbeiterschaft - ist es dringend notwendig, immer wieder auf das Besondere der diesjährigen winterlichen Arbeitslosigkeit hinzuweisen. Etwa mit dem Mittel der Unterscheidungsmerkmale, die die Statistiker des ADGB, der Öffentlichkeit durch die Trennung der Gewerkschaftsangehörigen in solche einer Konjunktur- und einer Saisongruppe zur Verfügung gestellt haben. Als Ergebnis dieser Aufgliederung ist für Ende Februar 1929 festzustellen, daß von den Mitgliedern der freien Gewerkschaften in der Saisongruppe (die von der Witterung abhängigen Außenberufe umfassend) nicht weniger als 88,1 Prozent voll und 2,1 Prozent teilweise arbeitslos waren, dagegen in der Konjunkturgruppe immerhin nur 11,4 Prozent voll und 10 Prozent teilweise arbeitslos.

Auch die Arbeitslosigkeit in der Konjunkturgruppe ist in erheblichem Maße durch die außergewöhnlich starke und lang andauernde Arbeitslosigkeit der Außenberufe verursacht. Es verwundert deshalb nicht, daß die Landesarbeitsämter bereits für Mitte März und weiterhin für die dritte Märzwoche ein starkes Nachlassen der Arbeitslosigkeit melden. Die winterliche Arbeitslosigkeit, die in ihren Wirkungen auf den gesamten Arbeitsmarkt so sehr bedeutungsvoll war, geht schnell zu Ende. Es bleibt eine gleichwohl recht große Zahl von Arbeitslosen (vielleicht 1-1 1/2 Millionen), die aber weit mehr als die durch Rationalisierungs-„erfolge“ vermehrte „Reservearmee“, denn als konjunkturell arbeitslos anzusprechen ist. Die Tatsache dieser Dauerarbeitslosigkeit ist für die Gewerkschaftskämpfe nicht ohne Bedeutung, aber sie hat nicht die gleichen deprimierenden Wirkungen, wie die erschütternd hohen Arbeitslosenzahlen während des Winters sie hatten.

Zu den Unternehmern, die die Situation für sich zu nützen gedachten, gehören auch die Kohlenhändler im sogenannten Ruhrgebiet. Sie setzten dabei ihre Hoffnungen auf das Reichskabinett, dem sie eine Denkschrift über ihre wahrhaft erbarmungswürdige Lage zuleiteten, und das sie durch diese Aktion veranlaßten, eine Besprechung mit den „Parteien“ des Tarifvertrages abzuhalten. Diese Besprechung hat am Freitag stattgefunden mit dem Ergebnis, das die folgende amtliche Meldung berichtet:

Am Freitag fand im Reichsarbeitsministerium zwischen dem Bergbauverein in Essen und den Bergarbeiterverbänden eine Aussprache über die wirtschaftliche Lage des Ruhrbergbaus statt. Während in einzelnen Fragen Uebereinstimmung festgestellt werden konnte, gingen in wichtigen andern Fragen allerdings die Ansichten auseinander. Auch über die vom Reichsarbeitsminister und Reichswirtschaftsminister gemachten Vorschläge, die auf Einsetzung eines Ausschusses zur Untersuchung des Ruhrbergbaus und Aufrechterhaltung der bestehenden Tarife,lichen Vereinbarungen bis zur Beendigung der Kommissionsverhandlungen hinausliefen, konnte eine Einigung der Parteien nicht erzielt werden. Der Reichsarbeitsminister bezieht sich vor, die Parteien gegebenenfalls zu einer Fortsetzung der Verhandlungen einzuladen.

Die Unionen berichten weiter, daß der Reichsarbeitsminister empfohlen habe, „gewissermaßen einen Bürgfrieden“ eintreten zu lassen. Die Unternehmer hätten diesen „Bürgfrieden“ annehmen wollen, die Gewerkschaftsvertreter jedoch hätten ihn abgelehnt. Der Berliner Börsen-Courier gibt nun bereits den Ton an, der in diesen Tagen aus der gesamten bürgerlichen Presse

Auf zum Kampf!

Genossinnen und Genossen!

Der Staatsgerichtshof hat den Landtag aufgelöst. Nunmehr haben die Wähler die Nacht, mit der Reaktion abzurechnen. Im Mai findet die Neuwahl statt. Rüstet zum Wahlkampf! In der Zeit des wirtschaftlichen Niederganges mit der riesigen Arbeitslosigkeit wird der Kampf ein schwerer sein; er erfordert die selbstlose Hingabe, Mitarbeit und den Opfermut jedes einzelnen Parteimitgliedes. In Werkstatt, Fabrik, im Kontor und in den Betriebsstätten muß unverzüglich die Werbearbeit aufgenommen werden. Keiner darf lässig und müßig sein.

Jeder muß die Werbekraft bis zur letzten Faser anspannen, um den Sieg an die Fahne der Sozialdemokratie zu heften.

Der Kampf ist des Sieges wert!

Fünf Jahre herrscht in Sachsen die Reaktion. Die Gemeindeordnung wurde geändert, damit der Bureaucratie eine Machtstille gegen den Volkswillen gegeben. Schule und Verwaltung wurden rückwärts revidiert. Die besitzende Klasse, die Großhausbesitzer und Gewerbetreibenden wurden entlastet, ihnen Steuererlässe gemacht. Ein kläglicher, kleinlicher Schacher der einzelnen bürgerlichen Parteigruppen um eigenen Vorteil machte den Landtag zur Farce, zur Karikatur.

So wie im Lande, so rennen im Reiche alle bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterklasse an. Während Großgrundbesitz und Großindustrie Subventionen vom Reiche verlangen, kämpfen dieselben Gruppen gegen den sozialen Staat.

Beseitigung der Sozialpolitik, der Erwerbslosenversicherung, Verlängerung der Arbeitszeit, Senkung der Arbeiterlöhne, Beseitigung des Mieterschutzes, Minderung der Hauszinssteuer- und Beseitigung des gemeinwirtschaftli-

lingen wird: „Die Arbeitnehmerverbände, die die Vorschläge zurückwiesen, tragen die volle Verantwortung für das Scheitern der geplanten Einigung.“ Die Frankfurter Zeitung deutet an, was bevorsteht: „Da die Arbeitgeber jede Lohnerhöhung ablehnen wollen, ist die Situation nicht unbedenklich.“

Der christliche Bergarbeiterverband hat am Sonnabend zur Lage Stellung genommen und beschlossen, den Lohn tarif sofort zu kündigen. In der Konferenz wurde nach den uns vorliegenden Berichten „allseitig betont, daß eine Verbesserung der unzureichenden Bergarbeiterlöhne unbedingt erforderlich sei, da der Reallohn im vierten Quartal des letzten Jahres für sämtliche Vollarbeiter nach Abzug der Arbeiterverlehrsbeiträge noch um 8,8 und für die Hauer um 12,4 v. H. gegenüber dem Friedenslohn zurückgeblieben sei.“ Die große Revierkonferenz des freien Bergbauindustriearbeiterverbandes hat am Sonntag ebenfalls die Kündigung des Lohn tarifes beschlossen, und zwar zum 1. Mai. In dieser Konferenz wurde erklärt: Eine Lohnerhöhung sei für den Bergbau durchaus tragbar, denn die letzte im Jahre 1928 eingetretene Lohnerhöhung habe dem Bergbau keine besondere Belastung gebracht, da die Steigerung des Lohnes sich nur auf einen Pfennig belaufen habe. Demgegenüber habe aber die Förderungsleistung im Ruhrbergbau für den Mann und die Schicht eine Steigerung von 70 Kilogramm erfahren.

In beiden Konferenzen wurden die Beschlüsse einstimmig gefaßt. Damit haben die Bergarbeiter nicht nur die Unternehmeraktion zurückgewiesen, sondern sich auch gegen den Versuch ausgesprochen, die Koalitionspolitik der Sozialdemokratie gegen ihre Interessen auszunutzen. Die bürgerlichen Korrespondenzbureaus reden nun davon, daß „Angst vor den Kommunisten“ das Verhalten der Gewerkschaften bestimmt habe. Wie wenig Anlaß die Gewerkschaften im Ruhrbergbau zu solcher Angst haben, erweisen inzwischen die vorläufigen Ergebnisse der Betriebsratwahlen auf 150 Schachtanlagen:

Freie Gewerkschaften	111 718 Stimmen, 907 Sitze.
Christliche Gewerkschaften	53 288 Stimmen, 409 Sitze.
Hirsch-Dundersche	4 261 Stimmen, 7 Sitze.
Polnische Berufsvereinigung	247 Stimmen, 1 Sitz.
Kommunisten und Unorganisierte	18 945 Stimmen, 119 Sitze.
Syndikalisten	2 718 Stimmen, 15 Sitze.
Gelbe	6 368 Stimmen, 24 Sitze.
Sonstige	866 Stimmen, 6 Sitze.

Wir sehen in dem Beschlusse der Bergarbeiter das erfreuliche Zeichen einer freilich nothgeborenen Regelmäßigkeit, die sich durch Konjunkturlagen und die Zahlen der Arbeitslosenstatistik nicht flau machen läßt. Den Bergarbeitern fern im Westen ein zuverlässiges Glück auf!

lichen oder gemeinnütigen Wohnungsbaues, zurück zur schrankenlosen freien Wirtschaft: das ist ihr Kampfziel.

Es gilt, dieser geschlossenen kapitalistischen Kampffront die siegreiche Kraft der Sozialdemokratie entgegenzusetzen. Der Landtagwahlkampf muß ein verheißungsvoller Teilkampf werden.

Darum muß alles eingesetzt werden, den Erfolg über die Reichstagswahlen hinauszutreiben.

Zum Kampf gehört Munition. Raun sind die Kosten des Reichstagswahlkampfes getilgt, schon steht der Landtagwahlkampf vor uns. Im Herbst folgen die Gemeindevahlen, und neue Reichstagswahlen in diesem Jahre liegen nicht außerhalb der Möglichkeit.

Ein solcher Ansturm auf die Parteimittel kann durch laufende Mitgliederbeiträge allein nicht gedeckt werden.

Wir fordern darum alle Genossen und Parteifreunde auf, unverzüglich die Geldsammlungen für den Wahlkampf einzuleiten und dauernd durchzuführen. Wir werden schleunigst Sammellisten ausgeben. Besondere Kampffondsarten können wegen der Kürze der Zeit nicht angefertigt werden.

Die sozial bessergestellten Genossen werden gebeten, die seit 1. März fälligen, ihrem Einkommen angepaßten Parteibeiträge schleunigst abzuliefern.

Wer schnell gibt, fördert den Erfolg im Wahlkampf. Alle Vorarbeiten für den Wahlkampf werden unverzüglich eingeleitet.

Aus Wert! Durch Kampf zum Sieg!
Der Bezirksvorstand der SPD Leipzig.
Rich. Alpinoli.

Die Aufstandsbewegung in Mexiko

WTB Mexiko, 23. März.
Präsident Portes Gil erhielt aus Mazatlan einen Bericht über Mitteilungen eines abgelaufenen Offiziers der Rebellarmee. Der Ueberläufer sagte aus: Die Führer der Rebellen haben den vor Mazatlan stehenden etwa 3000 Mann versichert, daß in nächster Zeit etwa 20 000 sogenannte religiöse Infanteristen zu ihrer Unterstützung eintreffen würden. Die Aufständischen öffnen überall auf ihrem Vormarsch nach Mazatlan die Kirchen und kündigen die baldige Rückkehr der Priester an. Wie der Ueberläufer weiter mitteilte, ist man bei der Armee der Aufständischen unentschieden, ob man Mazatlan weiter besagen oder nach Süden marschieren soll. In führenden Kreisen der mexikanischen Armee bezweifelt man, daß überhaupt ein ernstlicher Angriff auf Mazatlan erfolgen werde.

SPD Mexiko-Stadt, 25. März.
Seit 48 Stunden richten die Rebellen ständig wiederholte Sturmangriffe gegen den Pazifikhafen Mazatlan. Die Angriffe sind von den Verteidigern unter General Carrillo blutig abge schlagen worden. Das im Hafen ankommende mexikanische Kanonenboot Progreso beschießt die Rechtsflanke der Aufständischen und hat den Rebellen schwere Verluste zugefügt. Eine Offensive einer 12 000 Mann starken Armeekolonnie, die unter General Cardenas in Tepet formiert worden ist, und einer weiteren Kolonne gegen die Rebellen im Sinaloa-Staat und vor Mazatlan steht bevor. Außerdem hat Kriegsminister Calles eine 5000 Mann starke Kavalleriekolonnie gebildet, um ein für alle Mal mit den Rebellen katholischer Banatier im Bundesstaat Jalisco und Guanajuana aufzuräumen.

Abgeschlagen

TL Neuenort, 24. März.
Wie aus dem mexikanischen Kampfgebiet gemeldet wird, ist der Angriff der Aufständischen in Stärke von 3000 Mann gegen Mazatlan, das von 3000 Regierungssoldaten verteidigt wurde, mit schweren Verlusten für die Aufständischen abgeschlagen worden. Es wurde mit großer Erbitterung gekämpft und Flugzeuge und schwere Geschütz auf beiden Seiten eingesetzt. 1200 Aufständische sind getötet worden.

Hereingefallene Kommunisten

WTB Basel, 24. März.
Das für heute von den Kommunisten als Protest gegen den italienischen Faschismus veranstaltete sogenannte „Rote Treffen“ ist vollständig ruhig verlaufen. Davon den von der Regierung getroffenen Sicherheitsmaßnahmen konnten alle Demonstrationen verjagt werden. In der Schweiz ist im Reime erstreckt worden. Eine auf badischem Gebiet in Leopoldsdorfer veranstaltete Versammlung deutscher Kommunisten beschloß, ihren Plan, nach Basel vorzustoßen, als aussichtslos aufzugeben. Während des ganzen Tages wurden in der Stadt selbst etwa 25 Verhaftungen vorgenommen, darunter diejenige des Generalsekretärs der Kommunistischen Partei der Schweiz und der Agitatrice Rosa Grimm.